

Feministinnen weibeln für Atici

Basel-Stadt wählt die Nachfolge von Beat Jans im Regierungsrat. Mustafa Atici erhält prominente Unterstützung.

Nora Hoffmann Bader

Im Unterstützungskomitee von Mustafa Atici (SP) tauchen immer mehr namhafte Frauenrechtlerinnen auf: Neben alt Ständerätin Anita Fetz (SP), Rapperin La Nefera und Bürgergemeinderätin Brigitta Gerber (Basta) ist Geschlechterforscherin und Feministin Franziska Schutzbach dabei. Sie bedauert zwar, dass nur Männer kandidieren würden. «Männer in Machtpositionen sind per se eine Herausforderung.»

Für Schutzbach ist klar: «Als Feministin wähle ich bei dieser Männerauswahl diejenige Person, die glaubwürdig gezeigt hat, dass sie sich für Schwächere und Minderheiten einsetzt. Und das hat von den Kandidaten bisher einzig Mustafa Atici getan.»

Vertraut mit verschiedenen Lebensrealitäten

Eine solche Person zu wählen, entspreche auch einem intersektionalen und modernen feministischen Ansatz. Als Leistungsausweis Aticis nennt sie den Ausbau von Kitas sowie den Bildungsbereich für Benachteiligte. «Und bessere Bildung hilft bekanntlich Frauen, wenn es darum geht, ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu führen.»

Er habe seine Weitsicht bei vielen Themen bewiesen. Zum Beispiel habe er 2022 einen Vorstoss unterstützt, der einen Aktionsplan gegen Antisemitismus fordere. Und Atici habe sich eingesetzt für die fehlende Covid-Entscheidung für private Reinigungskräfte. Er sei vertraut mit den Lebensrealitäten von Frauen, die als Migrantinnen und als Frauen diskriminiert würden. «Solche Ansätze, bei denen es nicht nur um die Gleichstellung für wenige Privilegierte geht, sind wichtig.»

Sie befürchte, dass ein bürgerlicher Politiker Gleichstellungsthemen insgesamt wenig im Blick habe – «jedenfalls war das in der Vergangenheit in der Regel so», sagt Schutzbach.

Etwas zurückhaltender zeigt sich der Feministische Streik und Frauenstreik Basel. Man gebe keine Wahlempfehlung ab, wie



Der Frauenstreik (hier im Rathaus 2019) ist zurückhaltend, wenn es um Empfehlungen zur Regierungsratsersatzwahl geht. Bild: Kenneth Nars

«Männer in Machtpositionen sind per se eine Herausforderung.»



Franziska Schutzbach
Geschlechterforscherin

Franziska Stier vom Organisationskomitee sagt. Conradin Cramer (LDP), der fürs Regierungspräsidium kandidiert, sagt: «Es ist nicht mein Ziel, spezifisch weibliche Wählerinnen oder männliche Wähler <abzuholen.>» Er finde es immer etwas komisch, wenn sich Männer als Feministen bezeichnen würden.

Und: «In meiner Tätigkeit als Erziehungsdirektor spielt Gleichstellung eine wichtige Rolle.» Er verweist auf das Kita-Massnahmenpaket sowie den umfangreichen Ausbau der schulischen Tagesstrukturen.

Luca Urgese (FDP) sagt: «Feminismus ist eine sehr vielfältige Bewegung, daher möchte ich mich nicht auf einen solchen Begriff festlegen lassen. Doch ich bin ein Liberaler und in liberalen Gesellschaften gibt es mehr Gleichstellung.» Er begegne allen Menschen auf Augenhöhe mit Anstand und Respekt und

verweise auf sein Engagement für die Individualbesteuerung und dass er Sichtbarkeit für die FDP-Frauen geschaffen habe.

Jérôme Thiriet (Grüne) würde sich selbst ebenfalls nicht Feminist nennen. «Meine Mama Irène war Parteisekretärin der damaligen Frauenliste Basel – ich habe Gleichberechtigung mit der Muttermilch aufgesogen», sagt er. Im Wahlkampf habe er keinen «Frauen-Schwerpunkt». Er stelle aber fest, dass er bei seinen Ideen für mehr Lebensqualität und für einen stärkeren Einbezug der Quartiere «überdurchschnittlich viel Resonanz von Wählerinnen erfahre».

Und Mustafa Atici sagt: «Wie ich mich bezeichne, spielt keine Rolle. Mein Handeln ist entscheidend und meine Haltung. Es ist mir bewusst, dass wir auf vielen Ebenen weiterhin gegen die Benachteiligung der Frauen kämpfen müssen, und

dafür leiste ich meinen Beitrag.» In den Parteien fand diesmal keine Gleichstellungsdebatte statt. «Von der SP haben wir aktuell je eine Frau und einen Mann in der Basler Regierung», sagt Präsidentin Lisa Mathys.

Die Grünen hätten für eine Kandidatur ebenfalls keine Einschränkungen gemacht, so Co-Präsidentin Raffaella Hanauer. Sie sei der Ansicht, dass Gleichstellung die Aufgabe von allen Parteien sei, und finde es schade, dass letztlich vier Männer kandidieren. «Die Bürgerlichen hätten auf ein Zweierticket gut einen Mann und eine Frau setzen können», sagt Hanauer.

«Gleichstellung ist ein wichtiges Thema für uns», sagt FDP-Präsident Johannes Barth. «Bei den Regierungsratswahlen mussten wir aber schauen, wer so kurzfristig alles in eine Waagschale werfen kann. Es ging um die Person, nicht ums Geschlecht.»

Mehr Licht für die Dreirosenanlage

Sicherheit Damit sich die Menschen im Kleinbasel nachts weniger fürchten müssen, gibt es seit dieser Woche deutlich mehr Licht. Auf der Dreirosenanlage und bei der Kaserne sei die Beleuchtungssituation verbessert worden, um «die objektive als auch die subjektive Sicherheit der Bevölkerung» zu erhöhen, wie es in einer Mitteilung der Kantonspolizei Basel-Stadt heisst. In beiden Bereichen seien in dieser Woche sichtbar hellere LED-Lampen in Betrieb genommen worden, die gleichzeitig weniger Energie benötigten. Zudem ist die Zahl der Lampen auf der Dreirosenanlage von 24 auf 39 erhöht worden. Angekündigt wurde diese Massnahme im Sommer 2023 im Zuge der wiederholten Gewaltvorfälle im Umfeld der Parkanlage am Rheinufer. Die interdepartementale Arbeitsgruppe, bestehend aus Kantonspolizei und IWB, arbeitet seit 2021 an neuen Beleuchtungskonzepten für verschiedene Standorte in der Stadt. (tob)

Nachrichten

Messerstecherei am Steinenberg

Angriff Ein Streit zwischen mehreren Personen am Steinenberg eskalierte am Freitagmorgen um zirka 5 Uhr, wie die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt mitteilt. Der mutmassliche Täter, ein 39-jähriger Kosovare, zog eine Stichwaffe und verletzte einen 23-jährigen Mann. Der Kosovare konnte kurz nach der eingeleiteten Fahndung verhaftet werden. Die Kriminalpolizei ermittelt nun, was genau vorgefallen ist und sucht Personen, welche sachdienliche Hinweise geben können. (bz)

Belag in der Rüdengasse kommt erst später

Quarzsandstein Neben der Freien Strasse werden auch einige angrenzende Strassen und Gassen mit Quarzsandsteinplatten ausgestattet. Die Rüdengasse kann aber erst nach dem Umbau der Hauptpost mit dem neuen Belag versehen werden. Ursprünglich wollte der Kanton die Gasse im Jahr 2024 erneuern, nun wird dies frühestens Mitte 2025 geschehen. Der Grund für die Verzögerung liegt darin, dass die Bauherrin der Hauptpost, die AXA Anlagestiftung, den Generalplaner ausgewechselt hat. Dies führt laut Kanton zu terminlichen Verschiebungen. (bz)

Ueli-Sammlung brachte fast 35000 Franken ein

Spende Die vier Ueli konnten am diesjährigen Vogel Gryff den zweithöchsten Betrag an Spenden seit 2010 sammeln. Das schreiben die Drei Ehrengesellschaften Kleinbasels in einer Mitteilung. Die vier Ueli sammelten insgesamt 33 385 Franken, hinzu kommen 1095 Franken, welche die Ueli des kleinen Waisenhaus-Spiels gesammelt haben. Die Spenden gehen an soziale Institutionen und bedürftige Personen im Kleinbasel. (bz)

Die kleine Palastrevolution blieb aus

Eine ausserordentliche Generalversammlung der SVP Baselland lehnte Anträge von alt Landrat Hanspeter Weibel ab.

Simon Tschopp

Für Dominik Straumann, den Präsidenten der Baselbieter SVP, ist es eine «gewisse Wertschätzung an die Parteileitung und auch an meine Person». Die ausserordentliche Generalversammlung in Reinach lehnte zwei Anträge von Hanspeter Weibel ab. Der frühere Landrat hatte gefordert, die Amtszeit der kompletten Parteileitung von vier auf ein Jahr zu reduzieren und diese jährlich wiederwählen zu lassen. Zudem wollte Weibel ein Co-Präsidium beliebt machen.

Damit konnte der Bottminger bei den Delegierten am Donnerstagabend allerdings nicht punkten. Die Parteileitung empfahl, seine Anträge abzulehnen, und stellte bei der Amtsdauer einen Gegenantrag mit zwei Jahren, analog der SVP Schweiz. Und war damit erfolgreich. In der Schlussabstimmung sprach sich die Generalversammlung aber mit 26 gegen 23 Stimmen für die bestehenden Statuten mit vier Jahren aus, eine Änderung hätte ein Zweidrittelmehr erfordert.

Die Diskussion sei «rasch erschöpft» gewesen, berichtet Straumann, «die Meinungen

waren gemacht», weil darüber im Vorfeld immer wieder debattiert worden sei. Bereits 2022 und letztes Jahr hätten gleichlautende Anträge von Weibel vorgelegen, die jedoch aus verschiedenen Gründen nicht zur Abstimmung gelangt seien. «Dass sich unsere Delegierten nun für den Status quo entschieden haben, zeigt, dass sie damit zufrieden sind.» Jährliche Wahlen könnten zu Spielchen animieren, was für ihn ein Unding wäre, so der SVP-Präsident.

Zu einem möglichen Co-Präsidium sagt Dominik Straumann: «Das ist ein Ding der Lin-

ken, eine Aufteilung von Aufgaben, bei denen keiner verantwortlich sein will.» Das passe nicht zu ihrer Partei.

Für Weibel ist die Sache noch nicht gegessen

Hanspeter Weibel hält die Entscheidung für «relativ unbedeutend». Den Antrag, den er schon vor zwei Jahren gestellt habe, hätte damals noch Wirkung zeigen können. Denn im nächsten April an der ordentlichen Generalversammlung seien ohnehin Wahlen. «Ich gehe davon aus, dass die Frage wieder aufkommt, wenn die Parteileitung neu zu-

sammengesetzt ist.» Für Weibel ist die Sache jedenfalls noch nicht erledigt. Wir lebten in einer Zeit, in der sich so schnell etwas ändere und ändern könne.

Als der jetzige Parteipräsident gewählt worden sei, habe er noch Aussicht auf politische Ämter gehabt, die nun weg seien, meint der ehemalige Landrat aus Bottmingen. «Ich frage mich, ob ein Parteipräsidium ohne politische Ämter das Richtige ist.» Das Co-Präsidium habe er nicht vorschreiben, sondern es mit einer Statutenänderung ermöglichen wollen, wenn sich die Konstellation ergebe.